



INHALT MÄRZ 2008

SEITE 1 INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS

Der Interkulturelle Rat ruft zur Teilnahme auf
ZWISCHENBILANZ ZUM AGG
Tagung des DGB Bildungswerk in Düsseldorf

SEITE 2 ZAHLENWERK

Qualifikationsstruktur der ausländischen Bevölkerung im Ländervergleich (2000)
RECHTSSTREIT ZWISCHEN PRO ASYL UND BAMF
Was Verschlussache ist und was nicht
QUALIFIKATIONSSTRUKTUREN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH
Neue Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

SEITE 3 MEDIALER OVERKILL

Konrad Adenauer Stiftung:
Wahlanalyse in Hessen
EINWANDERUNGSLAND, ABER KEIN STÄNDIGES STRASSEN-FEST
Politikerinnen und Politiker der Union für parteiübergreifende Integrationspolitik
VERUNSICHERUNG NICHT NUR BEI EINWANDERERN
Gemeinsame Erklärung von SPD und Türkischer Gemeinde
TERMINE
und Veranstaltungen

SEITE 4 JETZT ODER NIE – ES IST ZEIT, IN DER AUSBILDUNG NICHT NUR ZU KLECKERN, SONDERN ZU KLOTZEN

Elke Hannack, Mitglied des ver.di Bundesvorstand

INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS

Der Interkulturelle Rat ruft zur Teilnahme auf



Der Interkulturelle Rat (IR) ruft gemeinsam mit über 40 bundesweiten Organisationen erneut zur regen Teilnahme an den Internationalen

Wochen gegen Rassismus auf. In diesem Jahr finden die Wochen vom 10. bis zum 23. März statt. Im letzten Jahr gab es über 500 Veranstaltungen.

In der Presseerklärung des IR heißt es: „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit können überwunden werden, wenn sich viele Menschen dafür einsetzen. Jedes Jahr gibt es in Deutschland mehr Veranstaltungen, die sich dieser Thematik widmen.“ Inzwischen könne man politische Auswirkungen feststellen. „Fremdenfeindliche Kampagnen sind für große Volksparteien ein Risiko geworden“, meint Jürgen Micksch, Vorsitzender des Interkulturellen Rates.

Zur Vorbereitung hat der IR eine Handreichung veröffentlicht, die im Internet heruntergeladen werden kann:

www.interkultureller-rat.de/Aktionen/Woche%20gegen%20Rassismus/Materialheft-2008.pdf

„Alle, die während der Internationalen Wochen gegen Rassismus ein Zeichen für Zivilcourage setzen möchten, sind dazu eingeladen, sich zu beteiligen“, so der Geschäftsführer des IR, Torsten Jäger.

Zusätzlich veröffentlichte der IR gemeinsam mit Pro Asyl ein Flugblatt das zur „Überwindung der strukturellen Ausgrenzung von Flüchtlingen und Migranten“ anmahnt und entsprechende Forderungen an die Politik stellt.

Das Flugblatt findet man unter:

www.interkultureller-rat.de/Aktionen/Woche%20gegen%20Rassismus/Faltblatt-IR-PA-2008.pdf

Flugblatt und Broschüre können auch heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/ir_2008

ZWISCHENBILANZ ZUM AGG

Tagung des DGB Bildungswerk in Düsseldorf

Seit über anderthalb Jahren, nämlich seit dem 18. August 2006, ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft. Es ist leise geworden um das AGG, ein Gesetz, das aus Sicht von Kritikern den Standort D an den Abgrund bringen würde: bürokratisches Monster, unerträgliche Belastung für die Unternehmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Rechtsanwälte. Die Gewerkschaften, Sozialverbände und Menschenrechtsorganisationen waren von Beginn an anderer Meinung. Sie begrüßten, dass das Parlament in Umsetzung von vier EU-Richtlinien zum ersten Mal ein Gesetz verabschiedet hat, das einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung gewährleisten soll.

Wie sieht die bisherige Bilanz des AGG aus? Ist das AGG in der Praxis ange-

kommen? Wie gehen Personalverantwortliche und Arbeitnehmervertreter im Alltag damit um? Ist das AGG tatsächlich ein wirksames Mittel oder erweist es sich bloß als bedrucktes Papier? Lässt sich Gleichbehandlung überhaupt gesetzlich verordnen oder bedarf es vor allem einer betrieblichen Kultur für ein faires Miteinander? Diesen und ähnlichen Fragen geht eine Tagung am 14. März 2008 in Düsseldorf nach. Als Expertinnen und Experten eingeladen sind politisch Verantwortliche, Praktiker aus dem betrieblichen Alltag und Menschen, die mit der Qualifizierung zum AGG befasst sind. Die Tagung findet im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus statt.

Viele interessante Infos und Anregungen zum AGG finden sich in mehreren Handreichungen des DGB Bildungswerk, Bereich Migration und Qualifizierung (siehe rechts).



Termin: 14.03.2008, 9.00–16.00 Uhr
Ort: DGB Landesbezirk NRW, Friedrich-Ebert-Straße 34–38, 40210 Düsseldorf (Nähe Hauptbahnhof)

Weitere Infos und Anmeldung unter:
www.migration-online.de/tg_agg

ZAHLENWERK

Qualifikationsstruktur der ausländischen Bevölkerung im Ländervergleich (2000)

Qualifikation hoch = ■, mittel = ■, gering = ■

| | | | |
|------------------------|----|----|----|
| Kanada | 58 | 12 | 30 |
| Neuseeland | 46 | 36 | 18 |
| Irland | 43 | 48 | 9 |
| USA | 42 | 34 | 24 |
| Australien | 42 | 33 | 25 |
| Japan | 35 | 30 | 35 |
| Norwegen | 35 | 62 | 3 |
| Vereinigtes Königreich | 35 | 29 | 36 |
| Schweden | 29 | 44 | 27 |
| Luxemburg | 27 | 35 | 38 |
| Dänemark | 26 | 44 | 30 |
| Deutschland | 25 | 14 | 61 |
| Finnland | 24 | 27 | 49 |
| Schweiz | 22 | 69 | 9 |
| Belgien | 22 | 23 | 55 |
| Niederlande | 19 | 26 | 55 |
| Spanien | 16 | 51 | 33 |
| Frankreich | 16 | 9 | 75 |
| Türkei | 16 | 31 | 53 |
| Portugal | 16 | 22 | 62 |
| Italien | 15 | 32 | 53 |
| Österreich | 13 | 40 | 47 |

Daten: Weltbank 2007 (Docquier und Marfouk) zitiert nach: IAB (siehe auch Beitrag zum Thema rechts)

RECHTSSTREIT ZWISCHEN PRO ASYL UND BAMF

Was Verschlussache ist und was nicht

Pro Asyl und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) trafen sich am 22. Januar 2008 vor dem Verwaltungsgericht Ansbach, um die Herausgabe von Dienstweisungen und Leitsätzen der Bundesbehörde zu verhandeln.

Pro Asyl beruft sich dabei auf das Informationsfreiheitsgesetz aus dem Jahr 2006, das allen Bürgern für mehr Transparenz und Teilhabe den Zugang zu Informationen der Bundesbehörden ermöglichen soll. Das BAMF lehnte die Herausgabe der Informationen mit der Begründung ab, dass sämtliche Dienstweisungen und Herkunftsländerleitsätze „Verschlussache“ seien. Die Herkunftsländerleitsätze stellen die Situation in den Flüchtlingsländern dar und enthalten Einschätzungen zur politischen und menschenrechtlichen Situation und sind Grundlage der asylrechtlichen Entscheidung.

Pro Asyl betitelt diese Geheimhaltungspolitik als „demokratiefeindlich“.

Das Verwaltungsgericht Ansbach entschied, dass die Dienstweisungen herausgegeben werden müssen. Diese wurden Pro Asyl noch während der Verhandlung ausgehändigt. Allerdings seien sie unvollständig. So fehle beispielsweise die Dienstweisung für die Definition von religiöser Verfolgung.

Die Herausgabe der Herkunftsländerleitsätze wurde vom Verwaltungsgericht abgelehnt. Pro Asyl hat bereits angekündigt, zusammen mit dem Deutschen Anwaltsverein Berufung einzulegen.

Weitere Informationen findet man im Netz unter:

www.pro-asyl.de

Die Dienstweisungen sind einzusehen unter:

www.proasyl.de/de/dienstweisungen-bamf/index.html

QUALIFIKATIONSSTRUKTUREN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Neue Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Einen internationalen Vergleich des Qualifikationsniveaus von Zuwanderern hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit vorgelegt (siehe Zahlenwerk). Demzufolge liegt Deutschland beim Anteil der hoch qualifizierten ausländischen Bevölkerung – nur die ist erfasst – auf einem Mittelplatz. Bei Geringqualifizierten sieht es anders aus. Da ist der Anteil nur in Portugal und Frankreich größer.

Einen hohen Anteil an Hochqualifizierten erreichen mit 40 bis 60 Prozent vor allem so genannte klassische Einwanderungsländer wie Kanada, Australien, Neuseeland und die USA. Von den europäischen Ländern erreicht nur Irland einen entsprechenden Wert.

Als einen Grund für die Unterschiede sehen die Autoren der Untersuchung, dass die klassischen Einwanderungsländer seit Langem einen erheblichen Teil der Zuwanderung gezielt auf die Anwerbung von Humankapital ausrichten.

In Deutschland wie in anderen Zielländern der OECD steigt seit Langem der Anteil von Zuwanderern aus Ländern mit geringem Pro-Kopf-Einkommen. In diesen Ländern wird weniger in die Bildung investiert als in Deutschland. Das betrifft die Herkunftsbereiche Südosteuropa, Nordafrika und Mittlerer Osten, gilt aber nicht für die 12 neuen EU-Mitglieder und die GUS-Staaten. Dort sind die Bildungsinvestitionen praktisch so groß wie in Deutschland.

Ein Schluss der Untersuchung: „Insgesamt werden die Migranten künftig immer stärker aus Ländern mit einem geringen Humankapital der Bevölkerung kommen. Die Qualifikationsstruktur der ausländischen Bevölkerung wird deshalb künftig davon abhängen, in welchem Umfang es gelingt, Zuwanderer mit höheren und mittleren Bildungsabschlüssen aus diesen Ländern zu gewinnen.“

Fragen eines Brain Drain thematisieren die Autoren nicht. Überhaupt sind sie sehr stark auf das Thema Qualifikationsstruktur fokussiert, was dazu führt, dass Rahmenbedingungen eher statisch betrachtet werden.

Ein Beispiel: „Zwar hängt die Qualifikation von Migranten der zweiten und dritten Generation auch vom Bildungs- und Ausbildungssystem in den Einwanderungsländern ab. Gerade in Deutschland werden aber die Bildungs- und Ausbildungschancen maßgeblich vom Bildungshintergrund der Eltern bestimmt. Dies gilt, wie die jüngste PISA-Studie wieder gezeigt hat, insbesondere für die ausländische Bevölkerung.“ Das soll ja nun, wie die Reaktion der Politik und vieler gesellschaftlicher Gruppen auf die PISA-Studie gezeigt hat, keine Konstante sein und muss es nicht sein wie der Blick auf andere Staaten zeigt.

Der IAB-Kurzbericht „Ausländer in Deutschland – Vergleichsweise schlecht qualifiziert“ (Autoren: Herbert Brücker und Sebastian Ringer) kann aus dem Internet heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/qualifikationsstruktur



MEDIALER OVERKILL

Konrad Adenauer Stiftung: Wahlanalyse in Hessen

Die Wogen, die der offene Brief von 17 Unionspolitikern aufwarf, waren medial schwer zu überhören. Etwas weniger Beachtung fand eine parallel dazu erschienene Analyse der Konrad Adenauer Stiftung (KAS) mit dem Titel „Landtagswahlen in Hessen

und Niedersachsen am 27. Januar 2008 – eine Wahlanalyse“. „Der hessische Wahlkampf könnte mit dem ihn begleitenden medialen ‚Overkill‘ in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen“, urteilt die Studie. Weitgehend ausgeblendet aus der Berichterstattung sei die „Sachebene“ der Regierungs- und Leistungsbilanz gewesen. Weiter kommt die Studie zu dem Schluss, dass Kochs Themenwahl,

die Jugendgewalt, zwar auf große Resonanz stieß, die politischen Lösungsansätze jedoch nicht überzeugen konnten. Daraus wären eine große Verunsicherung in der Wählerschaft und eine starke Polarisierung gefolgt.

Die Wahlanalyse der KAS kann im Netz eingesehen werden unter:

www.migration-online.de/analyse_kas

EINWANDERUNGSLAND, ABER KEIN STÄNDIGES STRASSENFEST

Politikerinnen und Politiker der Union für parteiübergreifende Integrationspolitik

Für Diskussionen sorgte nach der Landtagswahl in Hessen ein offener Brief von 17 Politikerinnen und Politiker aus CDU und CSU, der am 30. Januar veröffentlicht wurde. Darin werben sie für einen breiten Konsens für eine Integrationspolitik: „Wir brauchen einen neuen gemeinsamen parteiübergreifenden Konsens für die Integrationspolitik zusammen mit Migranten und Mehrheitsgesellschaft, der auch über Wahlkämpfe hinweg hält und trägt.“

Initiator des offenen Briefs ist der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet. Zu den Mitunterzeichnern zählen der Hamburger 1. Bürgermeister Ole von Beust, die bayerische Sozialministerin Christa Stewens und die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth. Neben diesen bundesweit bekannten Politikern gehören auch die Oberbürgermeister der Städte Duisburg, Köln, Essen und Stuttgart dazu. Die dürften aus ihren Kommunen sehr genau wissen, dass



Integrationsminister Armin Laschet

es keine Alternative zu Integration gibt. In den Kommunen laufen Integrationsprojekte praktisch überall parteiübergreifend.

Aus Sicht der Unterzeichner „muss ein ganzheitliches Bildungskonzept zentraler Baustein der Integrationspolitik sein“. Dazu zählen frühe Sprachförderung, mehr Ganztagsangebote, mehr Lehrer und Sozialpädagogen an Hauptschulen, damit kein Kind die Schule ohne Abschluss verlässt, ein besserer Übergang von Schule in die Ausbildung. Schließlich muss sich auch an den Hochschulen die Bevölkerungsstruktur widerspiegeln. Über die Ziele und wie sie umgesetzt werden können lässt sich streiten und sollte gestritten

werden, aber um der Integration Willen und nicht mit sachfremden Absichten auf Kosten des Zusammenlebens. Die Lösungen und Kompromisse, zu denen man kommt, müssen halten – auch über Wahlkämpfe hinweg. Grundlage dessen ist aus Sicht der Unterzeichner des offenen Briefs die Erkenntnis der Union, dass „Deutschland de facto ein Einwanderungsland ist“ und die Erkenntnis der politischen Linken, dass „eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft kein immerwährendes Straßenfest“ ist.

Im Internet steht er unter:

www.migration-online.de/offener_brief_union

VERUNSICHERUNG NICHT NUR BEI EINWANDERERN

Gemeinsame Erklärung von SPD und Türkischer Gemeinde

Nach einem Treffen am 17. Januar 2008 in Berlin haben sich der SPD-Vorsitzende Kurt Beck und der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) Kenan Kolat unmissverständlich für eine Fortsetzung der Integrationsbemühungen

ausgesprochen. Die gelungene Integration von Einwanderern, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, sei millionenfache Realität: „Den begonnenen Weg hin zu einem neuen Wir-Gefühl in Deutschland dürfen wir uns nicht durch plumpe Wahlkampfparolen verbauen lassen.“

Niemand verschließe die Augen vor Problemen. „Aber“, so Beck und

Kolat, „wir benennen die tatsächlichen Ursachen. Diese gilt es zu bekämpfen. Mit aller Härte und mit aller Konsequenz.“

Der Wahlkampf in Hessen habe nicht nur bei Einwanderern Verunsicherung ausgelöst. Durch das Verhalten „auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel könnte der Eindruck entstehen, dass die Mühen für eine bessere Integra-

TERMINE

und Veranstaltungen



Integration – keine Einbahnstraße

Seminar: 02.–07.03.2008

Bildungszentrum Niederpöcking/
Starnberger See

Interkulturelles Training – Grundkurs

Training: 09.–14.03.2008

DGB Tagungszentrum Hattingen

Mit Recht gegen Diskriminierung: Wie bewährt sich das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)?

Tagung: 14.03.2008

DGB Bildungswerk Düsseldorf

Integrationstraining für Menschen mit Migrationshintergrund

Training: 06.–11.04.2008

DGB Tagungszentrum Hattingen

Integration in der Praxis

Seminar: 18.–20.04.2008

DGB Tagungszentrum Hattingen

Chancen aus dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz nutzen. Weiterbildung für Betriebs- und Personalräte sowie Vertrauens- leute

Seminar: 23.–25.04.2008

DGB Tagungszentrum Hattingen

Weitere Informationen und Anmeldung unter:

www.migration-online.de

oder

Telefon 02 11/43 01-1 41

tion reine Makulatur geworden sind“ – so Beck und Kolat. Deshalb fordern sie die kurzfristige Einberufung eines Integrationsgipfels.

Die gemeinsame Erklärung von Kurt Beck und Kenan Kolat steht im Internet unter:

www.migration-online.de/erklaerung_spd_tgd

JETZT ODER NIE – ES IST ZEIT, IN DER AUSBILDUNG NICHT NUR ZU KLECKERN, SONDERN ZU KLOTZEN

KOMMENTAR

Elke Hannack, Mitglied des ver.di Bundesvorstand

Vor wenigen Tagen veröffentlichte das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) zur Entwicklung der Fertigkeiten und Qualifikationen im Beruf vor dem Hintergrund des technologischen und organisatorischen Wandels. Die Befunde sind eindeutig: Die Spitze der Nachfrage nach hohen Qualifikationen ist noch nicht erreicht. Von 2006 bis 2015 werden in Europa 12,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze auf höchstem Qualifikationsniveau gebraucht und 9,5 Millionen Stellen mit mittlerem Qualifikationsniveau. Arbeitsplätze für Beschäftigte mit niedrigen Anforderungen werden um 8,5 Millionen zurückgehen.

Der Dienstleistungssektor steht im Fokus der Entwicklung. Die höchsten Wachstumsraten werden in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales, aber auch im Transportgewerbe und im Fremdenverkehr erwartet.

Wenn man vor diesem Hintergrund im neuesten Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland blättert, stößt man auf wirklich beunruhigende Zahlen. Es sind Zahlen zu der Anzahl der Migrantinnen und Migranten, die die Schule ohne Abschluss verlassen, keinen Zugang zur Berufsausbildung erhalten, oder lange arbeitslos sind. Nur noch 23 Prozent der ausländischen Jugendlichen machen eine qualifizierte Berufsausbildung, 40 Prozent bleiben ohne jegliche berufliche Qualifizierung.

Das sind alarmierende Zahlen. Und diese Zahlen sind ja nicht neu. Der

negative Trend hält seit Jahren an. Die Fachleute aus Praxis und Wissenschaft warnen schon lange vor dieser Entwicklung. Ernsthafte Lösungen von Politik und der Wirtschaft sind nicht in Sicht. Da kommt mir unwillkürlich der Ausspruch eines Wissenschaftlers in den Sinn, der sinngemäß sagte: Politiker benutzen Statistiken wie ein Trinker den Laternenpfahl – nicht um eine Sache zu beleuchten, sondern um sich daran festzuhalten.

Wie wollen wir in Deutschland ausreichend gute und hoch qualifizierte Fachkräfte gewinnen, mit denen wir den Anforderungen der Zukunft gerecht werden? Es ist endlich an der Zeit, in den Schulen, in der Ausbildung und an den Hochschulen nicht nur zu kleckern, sondern zu klotzen. Weg von den Sonntagsreden, hin zu unkonventionellen neuen Wegen. Und richtig Geld in die Hand nehmen. Hier sind alle Akteure in der Pflicht. Die Länder, die endlich mehr in die Schulen und Hochschulen investieren müssen. Die Betriebe und Verwaltungen, die mehr Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen müssen. Es kann nicht sein, dass 80 Prozent der

Weiterbildungskosten für die 20 Prozent bereits Best-Qualifizierten ausgegeben werden. Es darf nicht sein, dass eine der ersten Maßnahmen der neuen Stiftungsuniversität in Frankfurt am Main die Abschaffung des Hochschulstudiums auch ohne Abitur ist. Holt die Taxifahrer mit Hochschulstudium aus den Droschken und bietet ihnen Anpassungsstudiengänge an.

Wenn der Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer positiv vermerkt, dass sie sich in höherem Maße selbstständig machen, dann zeigt das doch deutlich: Hier sind Menschen aktiv, sie suchen keine soziale Hängematte. Aber so viel Obstgeschäfte und Telefonläden brauchen wir in Deutschland nicht, dass dies eine Lösung für die Mehrheit der perspektivlosen Migrantinnen und Migranten wäre. Ein Blick in die Einrichtungen des zweiten Bildungsweges zeigt deutlich: viele Zuwanderer lernen hart für bessere Berufschancen. Auch diesen Bildungsweg sollten wir wieder stärker ausbauen, damit die viel zitierte zweite Chance Wirklichkeit werden kann.



GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

FOTOS

photocase

DRUCK UND VERTRIEB

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

BESTELLADRESSE

SETZKASTEN GMBH
Produktion, Verlag, Werbung
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
Telefax 02 11/4 08 00 90-40
E-Mail mail@setzkasten.de

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de